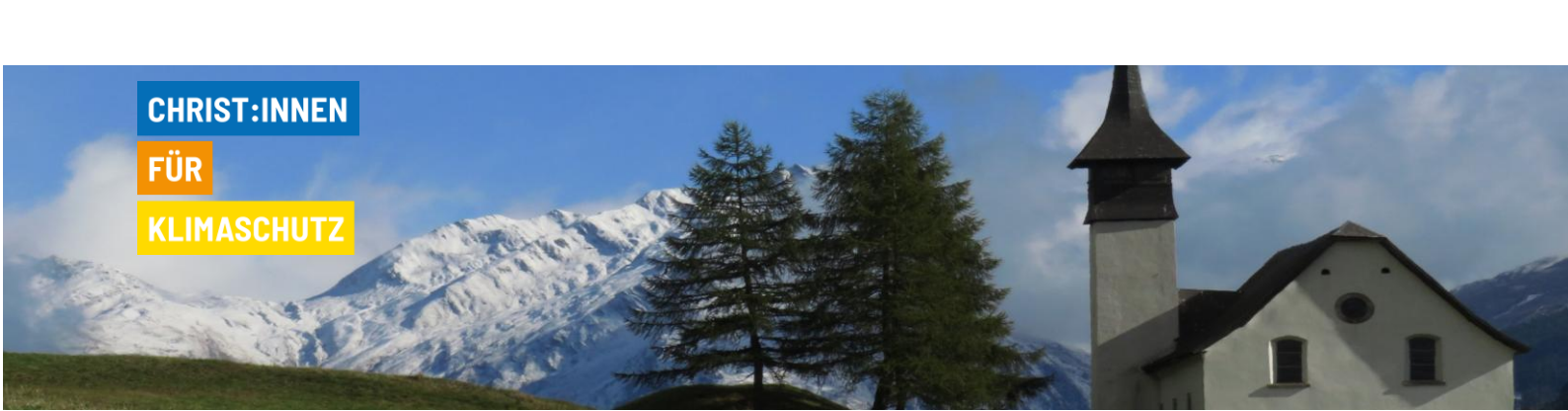




CHRIST:INNEN

FÜR

KLIMASCHUTZ

Zürich/Luzern/Bern, 13. Juli 2026

Die Zukunft gehört der Energieeffizienz und den erneuerbaren Energien.

Die SVP-Initiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» wurde im März 2024 eingereicht, worauf der Bundesrat im August 2025 einen indirekten Gegenvorschlag ausarbeitete, bei dem der Bau neuer Atomkraftwerke (AKW) in der Schweiz wieder möglich sein soll. Beide Parlamentskammern haben diesen Gegenvorschlag in der Sommersession angenommen, woraufhin das Bündnis «Nein zu neuen AKW» das Referendum ergriff. Ethische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Argumente aus christlicher Perspektive sprechen dabei gegen neue AKW.

Die Vorgehensweise ist demokratiefeindlich

Die Stimmbevölkerung hat sich dreimal klar für eine erneuerbare Zukunft entschieden: 2017 mit dem Ja zur Energiestrategie hat das Volk explizit nein zu neuen Kernkraftwerken gesagt, 2023 in der Abstimmung zum Klimaschutzgesetz und 2024 mit einer deutlichen Annahme des Stromgesetzes. Trotzdem planen der Bundesrat und das Parlament nun, den Bau neuer AKW zu erlauben. Aus demokratiepolitischen Gründen ist dies überaus bedenklich: Der Gegenvorschlag setzt nämlich die Ziele der Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» direkt um, legitimiert sie und auf diese Weise wird notabene auch eine Volksabstimmung umgangen.

Neue AKW widersprechen der Klimagerechtigkeit

Atomkraft hat hohe Emissionen: Im Betrieb sind AKW zwar emissionsarm, jedoch hängt die Klimabilanz der Atomkraft stark von vorgelagerten Prozessen ab: vom Uranabbau über die Anreicherung bis zum Bau massiver Beton- und Stahlstrukturen. Hinzu kommen sogenannte opportunitätsbedingte Emissionen: Während der langen Planungs- und Bauphase müssen weiterhin fossile Kraftwerke Strom liefern – solche hätten von schnell realisierbaren Erneuerbaren vermieden werden können. Diese «verpassten» Einsparungen werden auf ein Mehrfaches der direkten Emissionen geschätzt. Langfristig drohen die Emissionen sogar zu steigen, da der Uranabbau mit sinkendem Erzgehalt energieintensiver wird.

Verschwendung von Zeit und Chancen: Entscheidend ist nicht nur, wie emissionsarm eine Technologie ist – sondern wie schnell sie wirkt. Die Klimakrise wartet nicht bis 2050¹ – die Emissionen müssen jetzt sinken. Jede Verzögerung erhöht die Schäden, verschärft Extremwetter, verteuert

¹ Ein Bericht der Akademien der Wissenschaften Schweiz kommt zum Schluss, dass ein neues AKW selbst bei sofortigem Baustart kaum vor 2050 am Netz wäre, da politische Grundsatzentscheide, Bewilligungsverfahren, Volksabstimmungen und juristische Verfahren viel Zeit beanspruchen. Auch Branchenvertreter bestätigen dies: Christoph Brand, CEO der Axpo, schätzte, dass ein neues Kraftwerk mit allen heutigen politischen Prozessen wohl 25 Jahre in Anspruch nimmt. Atomkraft würde frühestens für die nächste Generation Strom liefern. (Neu U, Markard J, Betz R, Boulouchos K, Pautz A, Stadelmann I (2025). [Perspektiven für die Kernenergie in der Schweiz. Grundlagenbericht](#). Swiss Academies Reports 20)

Anpassungsmassnahmen und belastet die Menschen heute und insbesondere die kommenden Generationen.

Atomkraft passt nicht ins Stromsystem der Zukunft: Mit der Energiestrategie 2050 und dem Stromgesetz hat sich die Schweizer Stimmbevölkerung bereits mehrfach für eine vollständig erneuerbare Stromversorgung ausgesprochen. Das Stromsystem der Zukunft ist dezentral, flexibel und basiert auf unterschiedlichen Quellen. Ein Kernkraftwerk lässt sich schwierig am momentanen Strombedarf an- und ausschalten und stellt im Falle eines Ausfalls ein grosses Klumpenrisiko dar. Zusätzlich müssen Kernkraftwerke, die durch Flusswasser gekühlt werden, zunehmend abgeschaltet werden, um das Flusswasser nicht zu überhitzen². Atomstrom passt deshalb nicht gut ins dezentral und flexible Schweizer Stromsystem der Zukunft.

Neue AKW entziehen sich der Generationengerechtigkeit

Atom Müll: Radioaktive Abfälle bleiben über zehntausende Jahre gefährlich. Stoffe wie Cäsium-137 oder Plutonium-239 zerstören organische Zellen und verursachen Krebs. Es gibt weltweit keine sichere Lösung für die Langzeitlagerung. Das in der Schweiz geplante Tiefenlager funktioniert möglicherweise nicht und hat keinen Platz für zusätzlichen Abfall aus neuen AKW. Eine neue Lagersuche würde nötig.

Kosten: AKW sind Mega-Projekte mit «negativen Lernkurven» – Kosten steigen trotz Erfahrung. Durch den Baubürden wir kommenden Generationen Risiken und Kosten auf, die heute kaum abschätzbar sind. In einem Bericht aus dem Jahr 2015³ bezifferte der Bundesrat das Schadenspotenzial eines Super-GAU in der Schweiz auf 88 bis 8'000 Milliarden Schweizer Franken. Diese Last würden Generationen tragen müssen.

Neue AKW sind sozial ungerecht

Uranabbau zerstört Lebensgrundlagen: Im Tagebau werden riesige Krater in die Landschaft gefräst und Gestein gesprengt, im Untertagebau sind Arbeiter:innen radioaktivem Staub und Radongas ausgesetzt, beim «In-situ-Leaching» wird Schwefelsäure in den Untergrund gepumpt. Zurück bleiben kontaminierte Böden, Abraumhalden, verseuchtes Grundwasser und radioaktiver Staub – systemische Folgen, die über Generationen wirken und den Menschen vor Ort Lebensgrundlagen und Gesundheit rauben⁴. Uran wird dann über Tausende von Kilometern durch fragile Regionen transportiert, angereichert und bewacht – jeder Transport ist ein Risiko, jede politische Krise eine Bedrohung.

Abhängigkeit von Uran-Importen: Die Schweiz hat weder eigenes Uran, noch die Anreicherungstechnologie, noch eine Brennelementproduktion. Bis 2024 bezog das AKW Beznau 100 Prozent seines Kernbrennstoffs aus Russland, Leibstadt 50 Prozent. Rosatom ist weltweit die Nummer eins für die Anreicherung von Uran und die Nummer zwei bei den Uranreserven. Rosatom übernahm die Kontrolle über das AKW Saporischschja in der Ukraine. Laut der Energiestiftung flossen von 2022 bis 2024 jährlich rund 50 Millionen Franken von der Axpo⁵ – im Besitz der Kantone – direkt an Rosatom.

Ohne staatliche Subventionen keine AKW: Teuer ist an einem AKW alles: Der Bau, der Betrieb – und erst recht ein potenzieller Super-GAU. Es gab kein westliches Neubauprojekt in den letzten 20

² Tagesschau ARD (2025): Mehrere AKW wegen der Hitze runtergefahren. URL: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/atomkraftwerke-hitze-kuehlung-abgeschaltet-100.html>

³ Haftungsrisiko des Staates bezüglich Atomkraftwerke (2015). URL: <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/38020.pdf>

⁴ Der [Uran-Atlas](#) zeigt die wichtigsten Abbaugelände der Welt und die Folgen der Verschmutzung.

⁵ 2025 hat die Axpo neue Verträge mit Kanada und Kasachstan abgeschlossen. Der russische Staatskonzern Rosatom beteiligt sich über Joint Ventures direkt an der kasachischen Uranproduktion, kontrolliert zentrale Transportwege und verdient an der Logistik.

Schweizerische Energiestiftung: ROSATOM UND DIE SCHWEIZ (2024). Kurzstudie. URL: https://energiestiftung.ch/files/energiestiftung/Studien/2024_Rosatom_und_die_Schweiz/Rosatom_und_die_Schweiz_Abhaengigkeit_SES_August_2024.pdf

Jahren ohne massive staatliche Unterstützung (25–100 % direkte Finanzierung)⁶. Ein neues AKW kostet mind. 25 Mrd. CHF. Mit diesem Geld könnten rund zwei Drittel aller Einfamilienhäuser in der Schweiz mit einer PV-Anlage ausgestattet werden. Kein privater Investor baut AKW ohne staatliche Garantien. Durch Steuern, Stromtarife, staatliche Garantien oder durch unsichtbare Langzeitriskien bezahlt vor allem die Schweizer Bevölkerung, was einkommensschwache Haushalte besonders belastet.

Die Koalition «Christ:innen für Klimaschutz» unterstützt das Bündnis «NEIN zu neuen AKW»

Die ökumenische Koalition «Christ:innen für Klimaschutz» setzt sich für die Bewahrung der Schöpfung und Klimagerechtigkeit ein. Für sie sprechen triftige ökologische, ethische und ökonomische Gründe gegen den Bau neuer AKW in der Schweiz. Die Kernenergie ist keine Option für die Zukunft. Deshalb unterstützt die Koalition «Christ:innen für Klimaschutz» den Ausstieg aus der Kernenergie.

Die Schweiz hat mit der Energiestrategie 2050 einen klaren und zukunftsweisenden Kurs eingeschlagen. Die Fortschritte beim Ausbau erneuerbarer Energien und moderner Speichertechnologien zeigen, dass eine sichere, klimafreundliche Energieversorgung erreichbar ist – ohne den Rückgriff auf Atomkraft. Eine zukunftsgerichtete Energiepolitik verlangt die Erhöhung der Energieeffizienz, die Verwendung erneuerbarer Ressourcen sowie die Reduktion des überflüssigen Energiekonsums.

Neue AKW sind nicht im Einklang der Klima-, Generationen- und sozialen Gerechtigkeit. Die Koalition «Christ:innen für Klimaschutz» setzt sich für ein dezentrales, erneuerbares Energiesystem ein, das widerstandsfähiger, gerechter und zukunftsfähiger ist als neue AKW.



Das Bündnis «NEIN zu neuen AKW» sammelt vom 30. Juni bis 8. Oktober 2026 Unterschriften für das Referendum gegen den Gegenvorschlag.

Hier können Sie Unterschriftenbögen herunterladen: <https://www.neue-akw-nein.ch/unterschreiben>

Und sich hier für Sammelaktionen finden: <https://sammeln.neue-akw-nein.ch/de>

Kontakt:

Milena Hartmann

Koordinatorin «Christ:innen für Klimaschutz»

Geschäftsleiterin, oeku Kirchen für die Umwelt

hartmann@oeku.ch, 031 398 23 45

Getragen wird «Christ:innen für Klimaschutz» unter anderem von den Organisationen AKU (Arbeitsgemeinschaft Klima, Energie und Umwelt), Fastenaktion, Grüner Fisch, HEKS, oeku Kirchen für die Umwelt, StopArmut, femmes protestantes und Frauenbund Schweiz.
www.christinnenfuerklimaschutz.ch

⁶ Jeroen Walstra (2024): Financing new nuclear. Governments paying the price? URL: <https://wisenederland.nl/wp-content/uploads/2024/10/Financing-of-new-nuclear-Governments-paying-the-price-Profundo.pdf>